



## Presseinformation

Es gilt das gesprochene Wort.

Nr. 437 / 2012

Kiel, Donnerstag, 15. November 2012

Petitionen / Bürgerbeteiligung

**Wolfgang Kubicki, MdL**  
Vorsitzender

**Christopher Vogt, MdL**  
Stellvertretender Vorsitzender

**Dr. Heiner Garg, MdL**  
Parlamentarischer Geschäftsführer

## Oliver Kumbartzky: Es geht um die bestmögliche Balance

In seiner Rede zu **TOP 22** (Gesetzentwurf für Bürgerbeteiligung und vereinfachte Bürgerbegehren und Bürgerentscheide in S-H Gemeinden und Kreise) erklärt der Abgeordnete der FDP-Landtagsfraktion, **Oliver Kumbartzky**:

„Wir in Schleswig-Holstein wollen und brauchen eine größere Mitwirkung von Bürgerinnen und Bürgern auf der kommunalen Ebene. Frischer politischer Wind tut unseren Gemeinden, Kreisen und Städten gut. Dafür müssen die Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner auch das Gefühl haben, dass sie mit ihrem Engagement etwas bewirken können. Der vorliegende Gesetzesentwurf kann dies leisten. Ich sage ausdrücklich ‚kann‘. Denn es bleiben Fragen offen:

Bringen niedrigere Quoren tatsächlich den gewünschten Effekt? Fühlen sich Menschen mehr beteiligt, wenn eine geringere Beteiligung für größere Veränderungen ausreicht? Und führen größere Möglichkeiten für die direkte Demokratie dazu, dass die Organe beziehungsweise die Vertreterinnen und Vertreter der repräsentativen Demokratie gestärkt – oder zumindest nicht geschwächt – werden?

Wenn wir all dies mit ‚ja‘ beantworten können, dann müssen wir diesen Weg wählen, den die Bürgerinitiative uns vorgeschlagen hat und den die Koalitionsfraktionen zu einem großen Teil übernommen haben. Können wir dies nicht, oder nur eingeschränkt, so sollten wir alles dafür tun, um die richtige Balance zwischen einem ‚gesunden Mehr‘ und einem ‚ungesunden Zuviel‘ zu finden.

Es hilft uns nicht, wenn dieser Landtag in einem Überschwang einer gut gemeinten, aber wenig durchdachten politischen Transparenzeuphorie Regelungen einführt, die sich später als zu weitgehend entpuppen und zu einer kaum umkehrbaren Schwächung der repräsentativen Demokratie vor Ort führen. Es hilft uns im Nachhinein nichts, wenn wir vor Ort immer weniger Menschen finden, die sich in den Gemeindevertretungen engagieren, wenn wir ihnen den Gestaltungsspielraum nehmen.

Und ich sage es ganz deutlich: Es wäre eine peinliche Schlappe für uns alle, wenn wir hier nicht die möglichen Auswirkungen einer solchen Änderung auf die Gegebenheiten vor Ort sauber diskutierten und schlimmstenfalls gezwungen wären, entsprechende Regelungen später wieder zurückzunehmen.

Um nicht falsch verstanden zu werden: Es geht der FDP-Landtagsfraktion genau genommen um die bestmögliche Balance. Das kann bedeuten, dass wir weniger von den Forderungen, die jetzt im Entwurfstext stehen, umsetzen sollten – das kann aber genauso gut bedeuten, dass wir sogar noch mehr, als wir im vorliegenden Entwurf finden, umsetzen sollten.

Daher kündige ich schon jetzt für die FDP-Landtagsfraktion an, dass wir im zuständigen Ausschuss alternativ auch die – noch weitergehenden – Forderungen von ‚Mehr Demokratie‘ in das Anhörungsverfahren hineingeben wollen. Wir wollen eine saubere und ernsthafte Diskussion darüber, wo die Betroffenen selbst die richtige Balance zwischen repräsentativer und direkter Demokratie sehen.

Diese Diskussion erfordert Kraft und Zeit. Wir sollten es uns bei der Lösung dieser Fragen nicht allzu leicht machen. Vor allem warne ich davor, diese Frage auf Krampf vor der Kommunalwahl durchzubringen, um noch effektiv um Wählerstimmen zu buhlen.

Erst wenn wir meinen, dass wir die richtige Lösung gefunden haben, dann sollten wir die zweite Lesung angehen. Wenn dies vor der Kommunalwahl geschieht, ist es gut. Wenn diese Lösung aber länger braucht, dafür aber länger Bestand hat, ist es besser.“